

# Ökosoziale Marktwirtschaft ist zukunftsorientiertes Wohlstandsmodell

von Dr. Gerhard Poschacher



*Umwelt- und Landschaftspflegeleistungen sind als vollwertige Funktionen unserer Landwirtschaft anzuerkennen und zu honorieren*

**Der Leiter der Abteilung „Agrarpolitik und Statistik“ im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, MR Dr. Gerhard Poschacher, hielt im Rahmen des Bauerntages der Evang.-luth. Volkshochschule in Hesselberg bei Nürnberg am 30. Jänner 2002 den Festvortrag zum Thema „Zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit - Österreichs Weg ins neue Jahrzehnt“. An dieser Veranstaltung nahmen prominente Vertreter der christlichen Kirchen, der Regierungsbehörden sowie des Deutschen Bauernverbandes und mehr als 200 Bäuerinnen und Bauern teil. Lesen Sie dazu folgende Kurzfassung.**

Marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien sind ein unverzichtbares Element für Freiheit und unternehmerisches Handeln.

## **Ökosoziale Marktwirtschaft**

Kein politisches System gewährleistet besser Wohlstand und Gerechtigkeit als die ökosoziale Marktwirtschaft, deren gesellschaftspolitischer

Auftrag von Josef Riegler erstmals formuliert und im Rahmen des ökosozialen Forums Niederalteich („Aufstand oder Aufbruch?“, Februar 1996) vertieft wurde.

Die BSE-Krise hat eine intensive Diskussion über Strategien für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und das Leitbild für bäuerliches Wirtschaften ausgelöst. Die christlichen Kirchen haben für die geistige

und moralische Unterstützung bedrängter bäuerlichen Familien im Zeitalter der Globalisierung und für die Menschen im ländlichen Raum besondere Verantwortung. Bauern sind Mitarbeiter Gottes, weil sie - wie kein anderer Berufsstand - Verantwortung für die Schöpfung tragen, was von der Gesellschaft die gerechte Entlohnung für die Ernährungssicherung, Rohstoffproduktion und Landschaftssicherung erfordert, wie es das Europäische Agrarmodell vorsieht.

## **Multifunktionalität**

Der Begriff der „Multifunktionalität“ ist Teil dieser Zukunftsvision, das die Staats- und Regierungschefs der EU beim Gipfeltreffen in Luxemburg 1997 in ihre Schlussfolgerungen aufgenommen haben. Demnach muss die „europäische Landwirtschaft ein multifunktionaler, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger Wirtschaftssektor sein“. Vom zuständigen Kommissionsmitglied Franz Fischler wird gefordert: „Die gemeinsame Agrarpolitik muss die Voraussetzung dafür schaffen, dass Umwelt- und Landschaftspflegeleistungen als vollwertige Funktionen unserer Landwirtschaft anerkannt und honoriert werden, denn diese Leistungen gehören zum Kern des europäischen Agrarmodells“.

## **Der österreichische Weg**

Aufgrund des hohen Anteils an benachteiligten Ge-



bieten und der kleinen Struktur wurden in Österreich schon vor dem EU-Beitritt mehrere Meilensteine in Richtung Ökologie und Nachhaltigkeit gesetzt.

Die Alpenrepublik zählt zu jenen Staaten mit einem sehr hohen Anteil der Bevölkerung in „ländlichen“ Gemeinden. Ihr Ausmaß beträgt 91% der österreichischen Gesamtfläche. Diese geopolitischen Fakten sowie die kleinbäuerliche Struktur haben schon in den siebziger Jahren zu agrarpolitischen Konsequenzen geführt, vor allem nach Vorlage des „Mansholt-Planes“ zur Reform der EG-Agrarpolitik 1969.

### **Bergbauern- zuschuss**

Mit der Einführung des Bergbauernzuschusses 1970 als Di-

rektzahlungen und den Bergbauern- bzw. Grenzlandprogrammen 1972 und 1974 und 1984 wurden in Österreich erstmals und international beachtete Instrumentarien zur Differenzierung agrarpolitischer Förderungsmaßnahmen realisiert.

### **Prozess des Umdenkens**

Die 1979 publizierte Studie „Das Agrarsystem“ hat wesentlich am Gär- und Umdenkungsprozess hinsichtlich der Anpassung agrarpolitischer Instrumentarien beigetragen. Die Suche nach Alternativen für Getreideüberschussflächen, die Diskussion über das Waldsterben, der Gewässerschutz und die verstärkte Förderung für Bergbauern und benachteiligte Gebiete Anfang der 80-er Jahre haben letztlich den Weg

für den ökologischen Durchbruch im Jahre 1987 mit dem unter Bundesminister Josef Riegler (1987 bis 1989) ausgearbeiteten Manifest geebnet.

### **Produktivitäts- fortschritt**

Bereits im März 1982 hat sich das damalige Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit der Enquete „Ökologie und Ökonomie“, viel beachtet, zu Wort gemeldet. Der ungewöhnlich starke Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft und die Tatsache, dass wissenschaftliche, technische und biologische Erkenntnisse in immer kürzeren Zeitabständen Eingang in die landwirtschaftliche Praxis fanden, haben dazu geführt, dass einem rationellen und zugleich umweltgerechten, nachhaltigen Betriebsmitteleinsatz in

*Ein hoher Anteil der  
österreichischen  
Bevölkerung lebt in  
ländlichen Gemeinden*



*Existenzfähige Bauernhöfe und die darauf arbeitenden Menschen sind der Kern des ländlichen Lebens und der Kultur in der Region*

der tierischen und pflanzlichen Produktion auch von der Politik immer größeres Augenmerk geschenkt wurde. Die Erweiterung des Landwirtschaftsgesetzes auf die Verantwortung im gesamten ländlichen Raum und nicht mehr zu überhörende Rufe nach verstärkter Förderung des Biologischen Landbaus haben zu einer neuen Qualität im Agrardialog geführt.

Viehbestandsobergrenzen (1976/1980) sowie die Düngemittelabgabe (1986) waren konkrete, ökologisch orientierte Maßnahmen.

### **Neuorientierung- landwirtschaftliche Forschung**

1989 gab es das Projekt zur Neuorientierung der landwirtschaftlichen Forschung, das die Fachbereiche pflanzliche und tierische Erzeugung, Agrarökonomie und Vermarktung umfasste. Eine zentrale Aussage war: „Mit der Natur überleben!“ Die Landwirtschaft wirtschaftet nachhaltig, das heißt, sie wirtschaftet im Einklang mit der Natur und sichert dadurch die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen. Für die Produktion bedeutet dies die Ein-

haltung einer ökologisch vertretbaren, standortspezifischen Intensität.

### **Förderung**

Im Jahre 1991 wurde eine österreichweite Diskussion über die Förderung mit dem Motto: „Wirtschaftliche und ökologische Leistungen gezielt fördern und honorieren“ gestartet. Es wurde ein in einem breit angelegten Meinungsprozess nach ökologischen und ökonomischen Aspekten ausgewogenes Schwerpunktprogramm ausgearbeitet und umgesetzt und so im Vorfeld der EU-Agrarreform 1992 der österreichische Weg des internationalen Modells aufgezeigt:

- Ausweitung der Direktzahlungen
  - Produktionsumlenkende Maßnahmen im pflanzlichen und tierischen Bereich
  - Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten, Verarbeitung und Vermarktung
  - Sicherung der betrieblichen und überbetrieblichen Grundausstattung im Zusammenwirken mit den Ländern
  - Verstärkte Förderung von ökologischen Produktionsweisen
  - Forcierung von Bildung, Forschung und Grundlagenarbeit.

1992: Im Rahmen einer internationalen Tagung in Igls wurden Österreichs Vorstellungen für eine nachhaltige Agrarpolitik präsentiert und der Be-

griff „Multifunktionalität“ beraten.

1995: Mit dem EU-Beitritt hat das Ressort zusammen mit den bäuerlichen Interessensvertretungen erfolgreich den agrarpolitischen Kurs der Gemeinschaft nach der Reform 1992 und im Hinblick auf die Vorbereitungsarbeiten zur Beschlussfassung der Agenda 2000 beeinflusst.

1995/2002: Implementierung des Umweltprogramms gemäß EG(VO) 2078/92 sowie besondere Förderung des Biologischen Landbaus mit dem „Aktionsprogramm 2001“.

### **Ausblick**

Existenzfähige Bauernhöfe und die darauf arbeitenden Menschen sind der Kern des ländlichen Lebens und der Kultur in der Region. In der bäuerlichen Arbeits- und Lebensweise steckt ein Schatz von Erfahrungen, Weisheiten, Kenntnissen, vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen und den ökonomischen und ökologischen Verhältnissen angepassten Verhaltensweisen. Diese soziale Kompetenz sowie Vielfalt gilt es zu bewahren. Durch die Anerkennung der gegenseitigen Verantwortung und durch die Bindung der staatlichen Zahlungen für die Landwirtschaft an die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen würde ein politisch konsensfähiger Ausweg aus der „Subventionsfalle“ eröffnet und der Weg vom Landwirt zum Lebenswirt ermöglicht. **W**